

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
20.08.2010
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 6-10
Schriftführung
Friedhelm Assmann
Telefon-Nr.
02202-141428

Niederschrift

Planungsausschuss
Sitzung am Donnerstag, 06.05.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:25 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Verpflichtung sachkundiger Bürger

- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 04.03.2010
0184/2010**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Mitteilung zum geplanten Parkdeck Kaufland**
0185/2010
- 7 Regionale 2010 - stadt :gestalten**
- Fortsetzung des Projektes auf der Grundlage des Konsolidierungskonzeptes
(ASSG 22.04.2010)
0214/2010
- 8 Regionale 2010 - stadt :gestalten**
- Fortsetzung der Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet Stadtmitte und
entsprechende Anpassung der Bauleitplanung
0174/2010
- 9 Bebauungsplan Nr. 3311 - Lochermühle -**
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
0187/2010
- 10 Bebauungsplan Nr. 5266 - Schloßstraße - 2. Änderung und Bebauungsplan Nr. 5285**
- Eichelstraße - 3. Änderung (Kino Bensberg)
- Fortsetzung des Verfahrens
0215/2010
- 11 Änderung Nr. 172/6321 - Saaler Mühle - des Flächennutzungsplanes**
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
0188/2010
- 12 Bebauungsplan Nr. 6321 - Saaler Mühle -**
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
0189/2010
- 13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 08.02.2010 zur Offenlegung**
von B-Plänen
0190/2010
- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Sprenger, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Planungsausschusses fest.

Verpflichtung sachkundiger Bürger

Unter Verlesung des Verpflichtungstextes wird Frau Angelika Bilo (CDU) als sachkundige Bürgerin des Planungsausschusses in ihr Amt eingeführt.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Herr Steinbüchel kritisiert, dass auf seine damalige Anfrage unter TOP 18 keine Ausführungen zu dem zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegenden ersten Teil der Umweltverträglichkeitsstudie zum Bahndamm gemacht wurden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 04.03.2010 0184/2010

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Keine

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Müller-Veit verweist auf soeben verteilte ergänzende Unterlagen zu den TOP 7 und 13, auf die im späteren Sitzungsverlauf noch eingegangen werde.

Herr Schmickler informiert darüber, dass der potentielle Investor des Kletterwaldes von dem Projekt Abstand nimmt, da ihm der mit der erforderlichen Bauleitplanung verbundene Aufwand zu hoch erscheint.

Des Weiteren teilt Herr Schmickler mit, dass die Stadt im Klageverfahren gegen eine Abrissverfügung eines Gebäudes an der Wipperfürther Straße obsiegt habe.

6. Mitteilung zum geplanten Parkdeck Kaufland 0185/2010

Frau Sprenger erläutert die notwendige Neugestaltung des Parkdecks anhand von Skizzen und Plänen. Die Neugestaltung habe nunmehr zum Ergebnis, dass 88 Stellplätze neu geschaffen werden (neue Gesamtanzahl = 344 Stellplätze).

Auf Anfrage von Herrn Steinbüchel erklärt Frau Sprenger, dass den derzeit auf der Parkfläche befindlichen Bäumen keine Ausgleichsverpflichtung zugrunde liege. Dennoch werde der Vorschlag von Herrn Dr. Steffen weitergeben, als Ersatz für wegfallende Bäume eine Dachflächenbegrünung des Parkdecks vorzusehen.

Herr Dr. Metten begrüßt, dass vorgesehen sei, der Neukonzeption ein Beleuchtungskonzept zugrunde zu legen.

Frau Graner befürwortet die vorgestellte Neugestaltung des Parkdecks.

Sodann erläutert Herr Hardt die Verkehrskonzeption und dabei insbesondere die 4 vorgesehenen Zufahrtsmöglichkeiten und deren verkehrliche Auswirkungen.

Auf Anfrage von Herrn Steinbüchel erklärt Herr Hardt, dass die Bushaltestelle an der Richard-Zanders-Straße aufgrund der neuen Zufahrtsregelung verlegt werden müsse.

Bezug nehmend auf einen Hinweis von Herrn Wagner sagt Herr Hardt zu, dass die Signalanlagenkoordinierung in diesem Bereich in Kürze optimiert werde.

7. Regionale 2010 - stadt :gestalten - Fortsetzung des Projektes auf der Grundlage des Konsolidierungskonzeptes (ASSG 22.04.2010) 0214/2010

Frau Müller-Veit erläutert anhand von Plänen ausführlich die vorgenommenen Einsparungen/Kürzungen, die aufgrund der finanziellen Zwänge notwendig wurden, und stellt anschließend die übrig gebliebenen Maßnahmen im Konsolidierungsvorschlag vor.

Sodann verweist Frau Müller-Veit auf das vor der Sitzung verteilte Vorabprotokoll aus der Sitzung des ASSG am 22.04.2010 und dessen mehrheitlich gefasste Beschlusslage. Ergänzend zu den (entsprechend den Beschlussvorschlägen) gefassten Beschlüssen zu Nr. 1 und 3 werde der ASSG in

seiner nächsten Sitzung nach Abschluss der noch ausstehenden Untersuchungen erneut mit der Beschlussfassung über die Planungen der Parkierungseinrichtungen im östlichen Bereich der Stadtmitte befasst.

Nach Auffassung von Frau Hammelrath könne das derzeitige Stellplatzdefizit minimiert werden, wenn die Marktbeschicker, Kirmesveranstalter und Arbeitnehmer der im Bereich der Buchmühle vorhandenen Geschäfte und Büros den Parkraum am „Heidkamper Tor“ in Anspruch nehmen würden.

Des Weiteren bekräftigt Frau Hammelrath vehement ihre Ablehnung der Planungsvariante, die im Bereich der Buchmühle eine neue Straße (zwischen Fronhofplatz und dem Parkplatz hinter der alten Realschule) vorsieht, da eine solche Straße unvereinbar sei mit sämtlichen beschlossenen Zielgrundsätzen.

Frau Müller-Veit und Herr Schmickler machen übereinstimmend deutlich, dass die Verwaltung nicht der Urheber einer solchen Idee sei. Seitens der Verwaltung wurde lediglich eine entsprechende Planskizze als Diskussionsgrundlage erstellt.

Auf Anfrage von Frau Hammelrath macht Frau Müller-Veit deutlich, dass eine Tiefgaragenerweiterung des Bergischen Löwen zwar die teuerste Lösung darstelle, welche aber unter städtebaulichen und verkehrlichen Gesichtspunkten zum günstigsten Ergebnis führe und eine höhere Akzeptanz der Bürgerschaft aufweise. Bisher können allerdings noch keine endgültigen Aussagen über deren Wirtschaftlichkeit getroffen werden.

Frau Müller-Veit macht deutlich, dass sämtliche im Konsolidierungsvorschlag verbleibenden Maßnahmen nur unter dem Vorbehalt der erwarteten 90%igen Förderung realisierbar seien.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Steffen, sollte nochmals überdacht werden, ob unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und möglicher Grundwasserprobleme nicht doch die Erweiterung des Parkplatzes Schnabelsmühle die sinnvollere Alternative zur deutlich teureren Tiefgaragenerweiterung sei.

Herr Dr. Steffen stimmt den Ausführungen von Frau Hammelrath zu und lehnt die Planungsvariante mit der Verbindungsstraße an der Buchmühle ab.

Herr Dlugosch lehnt die abgespeckte Planung ab, zumal immer noch keine verlässlichen Aussagen über die tatsächliche Förderhöhe gemacht werden können. Er gibt zu bedenken, dass für sämtliche Maßnahmen künftig Unterhaltungskosten anfallen und, dass etwaige später auftretende Kostenerhöhungen in voller Höhe von der Stadt zu tragen seien. Seiner Ansicht nach könne das Geld an anderer Stelle der Stadt sinnvoller Verwendung finden.

Frau Müller-Veit macht deutlich, dass die ausstehenden Planungsaufträge für die Stadtmitte West und Ost erst nach Genehmigung des Haushalts und der Gewissheit über die Förderhöhe erteilt werden.

Auf Anfragen von Herrn Dlugosch und Frau Kreft beziffert Frau Müller-Veit das Stellplatzdefizit auf 60 – 75 Stück. Dieses Defizit könne möglicherweise durch anderweitige Nutzungen geringfügig reduziert werden. Sie weist darauf hin, dass die Stellplatzprobleme in der Innenstadt lediglich während gewisser Spitzenzeiten (Markttag) bestehen.

Nach erster (und noch ausstehender weiter zu konkretisierender) Einschätzung der Bodenverhältnisse gehe man überschlägig von ca. 2,2 Mio € Kosten für eine Tiefgaragenerweiterung aus.

Herr Schmickler ergänzt, dass auch bei der abgespeckten Konzeption die Grundbestandteile der Regionale 2010 erhalten bleiben.

Bezug nehmend auf die von Herrn Dlugosch angesprochenen zukünftigen Unterhaltungskosten, merkt Herr Schmickler an, dass diese zum Teil bereits jetzt anfallen und durch die Materialwahl der

vorgesehenen Maßnahmen und z.B. wirtschaftlichere Beleuchtungsanlagen eventuell sogar gesenkt werden können.

Frau Graner erklärt, dass die FDP Fraktion die gefassten Beschlüsse des ASSG mit trage.

8. **Regionale 2010 - stadt :gestalten**
- Fortsetzung der Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet Stadtmitte und
entsprechende Anpassung der Bauleitplanung
0174/2010

Bezug nehmend auf einen Beitrag von Herrn Dr. Steffen weist Frau Müller-Veit darauf hin, dass die mögliche Beseitigung des Baumbestandes in der Fußgängerzone nicht Bestandteil der zum Beschluss anstehenden Rahmenplanung sei.

Im Gegensatz zu Frau Hammelrath und Herrn Neu sollte nach Auffassung von Herrn Dr. Metten die aus der Akteursbeteiligung kommende und als Kompromissidee entstandene Planvariante mit einer Straße im Bereich der Buchmühle in den weiteren Überlegungen weiter einbezogen bleiben. Trotz der Ablehnung im Projektbeirat hält Herr Dr. Metten die grundsätzliche Zielsetzung (Schaffung eines Parks) nicht für beeinträchtigt.

Nachdem auch Herr Dr. Bernhauser sich dafür ausgesprochen hat, diese Planvariante in die weiteren Überlegungen und Prüfungen einzubeziehen, fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des städtebaulichen Memorandums zum Projekt stadt :gestalten eine aktualisierte Fassung der Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet Stadtmitte zu erstellen sowie die Bauleitplanung innerhalb des Sanierungsgebietes Stadtmitte anzupassen und entsprechende Bauleitplanverfahren einzuleiten.

9. **Bebauungsplan Nr. 3311 - Lochermühle -**
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
0187/2010

Herr Neu beantragt für die SPD Fraktion eine Vertagung dieses Punktes, um die noch unbekannten Aussagen des Büros Coersmeier in die fraktionsinternen Überlegungen einfließen zu lassen.

Auf Wunsch von Herrn Dr. Metten erläutert Herr Schmickler den Anlass des Bebauungsplanverfahrens. Demnach sei die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens im Hinblick auf die Anfang 2011 ablaufende Veränderungssperre und zur Vermeidung etwaiger Schadensersatzansprüche dringend notwendig.

Für Herrn Dlugosch wäre es interessant zu erfahren, inwieweit aktuell Bedarf und Nachfrage nach den Flächen im Gewerbegebiet 2 besteht.

Herr Dr. Steffen und auch Frau Graner sprechen sich aufgrund des bevorstehenden Fristablaufs der

Veränderungssperre gegen eine Vertagung aus.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB))

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

Herr Löhlein erläutert die Historie dieses Gewerbegebiet und die besondere Dringlichkeit des Bebauungsplanverfahrens.

Herr Dr. Steffen erinnert an die seinerzeitige Verrohrung der Strunde auf dem Areal der Lochermühle und fragt an, ob - trotz der gerüchteweise bestehenden Insolvenz des Grundstückseigentümers - eine Öffnung der Strunde im Rahmen der Regionale 2010 möglich ist.

Frau Hammelrath kritisiert, dass nunmehr Eile geboten erscheint, obwohl der ursprüngliche Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes bereits im Jahr 1998 gefasst wurde. Sie bedauert darüber hinaus, dass aus Furcht vor Schadensersatzforderungen nunmehr stimmige Konzepte verworfen werden. Sie hält fest, dass sämtliche Bemühungen der Stadt auf Ansiedlung von produzierendem Gewerbe in den letzten Jahren erfolglos blieben. Dennoch soll nun – trotz bevorstehendem Eigentümerwechsel – eiligst ein Planungsrecht geschaffen werden, für dessen Nutzung offensichtlich kein Bedarf bestehe.

Vor dem Hintergrund der anhängigen Klagen wiederholt Frau Sprenger die Notwendigkeit, die nächsten Planungsschritte einzuleiten. Die Dringlichkeit des Bebauungsplanverfahrens wäre dann nicht mehr gegeben, sobald der Antragsteller Antrag und Klage gegen die Stadt zurücknehmen würde.

Herr Schmickler macht deutlich, dass im Gewerbegebiet 2 nicht nur produzierendes Gewerbe denkbar sei, sondern z.B. auch kulturhistorische Verknüpfungen zum angrenzenden Museum. Darüber hinaus sei festzuhalten, dass in der Vergangenheit sehr wohl Ansiedlungsinteresse gewerblicher Firmen bestanden habe, eine Einigung zwischen Eigentümer und Investor aber leider nie zustande kam.

Herr Dr. Metten wiederholt den wohl einvernehmlichen Wunsch des Ausschusses, großflächigen zentrenschädigenden Einzelhandel zu untersagen. Zur Erreichung dieses Ziels und zur Vermeidung von Schadensersatzforderungen sei es daher unumgänglich, das vorgeschlagene Bebauungsplanverfahren weiter zu betreiben. Herr Metten signalisiert die Bereitschaft der CDU Fraktion, über alle möglicherweise im Raum stehenden neuen Pläne zu diskutieren, sobald der drohende Schaden von der Stadt abgewendet sei.

Frau Hammelrath hält es für unsinnig, lediglich zur Abwendung zweier anhängiger Klagen einen Bebauungsplan aufzustellen, um diesen dann anschließend durch Änderung einer möglichen neuen Planung anzupassen.

Herr Schmickler entgegnet, dass gerade durch das zu beschließende Beteiligungsverfahren sämtliche planungsrelevanten Aspekte mit in den Bebauungsplan einfließen.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen eine Stimme der SPD Fraktion, bei Enthaltung der

restlichen SPD Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB))

Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bebauungsplan Nr. 3311 – Lochermühle – die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mittels Aushang durchzuführen.

Frau Hammelrath beantragt ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.

Anmerkung: Nach der Sitzung erklärte sich Frau Hammelrath damit einverstanden, dass ihr alternativ die Tonaufzeichnung dieses Punktes zur Verfügung gestellt wird.

10. Bebauungsplan Nr. 5266 - Schloßstraße - 2. Änderung und Bebauungsplan Nr. 5285 - Eichelstraße - 3. Änderung (Kino Bensberg)
- Fortsetzung des Verfahrens
0215/2010

Herr Dlugosch hält es für notwendig, dass die Verträge mit dem Kinobetreiber vor deren Unterzeichnung im zuständigen Fachausschuss beraten werden.

Herr Neu bezweifelt den städtebaulichen Bedarf an einer solchen Kinoerweiterung und lehnt die Überbauung der Steinstraße grundsätzlich ab.

Herr Steinbüchel befürwortet die vorgestellte Planung, hält es aber für fraglich, ob nicht eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung angebracht wäre. Darüber hinaus würde die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN es begrüßen, wenn die Schaffung des Parkplatzes in absehbarer Zeit realisiert werde.

Herr Löhlein macht deutlich, dass der städtebauliche Vertrag ohnehin der Beschlussfassung des Ausschusses bedarf, während es in der Regel nicht üblich sei, dass Inhalte eines Kostenübernahmevertrags im Planungsausschuss diskutiert werden.

Bezug nehmend auf die Frage von Herrn Steinbüchel erklärt Herr Löhlein, dass es aufgrund der unwesentlichen Planänderungen durchaus ausreichend sei, wenn der Bürgerschaft innerhalb der öffentlichen Auslegung Gelegenheit gegeben werde, ihre Meinung kundzutun.

Frau Graner bekundet ihre grundsätzliche Zustimmung zum Bauvorhaben, bekräftigt aber die Forderung gegenüber dem Vorhabenträger, alle verbliebenen Arbeitsaufträge abzuarbeiten und das Konfliktpotential mit der Nachbarschaft zu minimieren.

Auf Anfrage von Frau Kreft, die die vorgestellte Kinoerweiterung aus städtebaulichen Gesichtspunkten ablehnt, erklärt Herr Schmickler, dass es aufgrund der erforderlichen Raumhöhe technisch nicht möglich sei, die Kinoerweiterung alternativ innerhalb des Löwencenters zu realisieren.

Nach Auffassung von Herrn Dlugosch sei die architektonische Gestaltung einer etwaigen Überbauung der Steinstraße noch zu diskutieren. Insbesondere sei zu prüfen, inwieweit der Bauherr zu Gebührenzahlungen für die Inanspruchnahme öffentlichen Verkehrsraums herangezogen werden kann.

Im Hinblick auf eine Belebung der Bensberger Innenstadt begrüßt Herr Dr. Bernhauser die Initiative des Kinobetreibers.

Frau Hammelrath regt an, die alten Pläne mit einer Kinoerweiterung über einem neuen Parkdeck wieder aufzugreifen und entsprechende Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern weiterzuführen.

Herr Dr. Bernhauser bezweifelt einen zusätzlichen Parkplatzbedarf während der üblichen Kinozeiten (in den Abendstunden bzw. Wochenenden) und verweist auf die bisherigen unbefriedigenden Verhandlungsergebnisse mit den betroffenen Anliegern.

Herr Schmickler berichtigt redaktionell das im Beschlussvorschlag genannte Datum auf den „21.04.2005“.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD Fraktion und der Stimme der Fraktion DIE LINKEN. (mit BfBB))

Der Planungsausschuss nimmt die Planungsänderungen zum Kino Bensberg zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung das Verfahren zum BP Nr. 5266 -Schloßstraße- 2. Änd., BP Nr. 5285 - Eichelstraße- 3.Änd. mit dem nächsten Verfahrensschritt, der öffentlichen Auslegung wieder aufzunehmen. Vorab sind die aus dem Planungsausschuss vom 21.04.05 nach Planungsänderung verbliebenen Arbeitsaufträge durch den Vorhabenträger abzuarbeiten und in einem städtebaulichen Vorvertrag die Übernahme der Kosten und Folgekosten der Planung und die Aufgabenverteilung zwischen der Stadt und dem Vorhabenträger zu regeln.

Der Ausschuss ist sich einig, die TOP 11 und 12 gemeinsam zu behandeln.

11. Änderung Nr. 172/6321 - Saaler Mühle - des Flächennutzungsplanes
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
0188/2010

Es wird verwiesen auf die Protokollierung unter TOP 12.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKEN. (mit BfBB))

Für die Änderung Nr. 172 / 6321 – Saaler Mühle – des Flächennutzungsplans ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §3 Abs.1 des Baugesetzbuchs durch Aushang durchzuführen.

12. Bebauungsplan Nr. 6321 - Saaler Mühle -
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
0189/2010

Für Herrn Steinbüchel stellt sich die Frage, ob hier nicht ein vorhabenbezogener Bebauungsplan angebracht gewesen wäre. Er zeigt sich zudem verwundert darüber, dass die Umweltverträglichkeitsstudie zur L 286n nun belegen solle, dass keinerlei Raumwiderstände gegen den Hotelbau existieren.

Herr Dlugosch wiederholt aus grundsätzlichen Erwägungen die Ablehnung der Fraktion DIE LINKEN. (mit BfBB) gegen das Bauvorhaben, da bereits bei der seinerzeitigen Eigentumsübertragung erhebliche vertragliche Fehler gemacht wurden.

Herr Dr. Metten befürwortet die Realisierung der Variante 1 der Vorlage und verweist auf die überregionale Bedeutung der Wellnessanlage Mediterana.

Frau Schmidt-Bolzmann hält Nachverhandlungen für erforderlich, da die Grundstücke damals nicht marktgerecht veräußert wurden. Sie beantragt, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eine Bürgerversammlung durchzuführen.

Sodann lässt Herr Sprenger über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Bebauungsplan Nr. 6321 – Saaler Mühle – soll eine Bürgerversammlung durchgeführt werden.

Auf Anfrage von Herrn Dlugosch erklärt Herr Schmickler, dass der Verwaltung die Gerüchte über einen vorgesehenen Ersatz der Hausmeisterwohnung der Otto-Hahn-Schule nicht bekannt seien.

Herr Schmickler macht deutlich, dass Verhandlungen über Grundstückspreise nicht Gegenstand einer Bürgerversammlung sein können. Er sagt aber zu, in den weiteren noch ausstehenden Gesprächen mit dem Investor auch über die durch geändertes Planungsrecht geschaffene Wertsteigerung des Grundstücks zu verhandeln.

Unter Berücksichtigung des angenommenen FDP-Antrags fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKEN. (mit BfBB)

Die grundsätzlichen Ziele des Bebauungsplans werden befürwortet.

Für den BP Nr. 6321 - Saaler Mühle - ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 des Baugesetzbuches durch Aushang und Bürgerversammlung durchzuführen.

13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 08.02.2010 zur Offenlegung von B-Plänen
0190/2010

Herr Steinbüchel nimmt die rechtlichen Ausführungen in der Vorlage zur Kenntnis. Man möge dennoch prüfen, ob interessierten Bürgern nicht mittels eines „Onlineterminals“ im Bürgerbüro Bergisch Gladbach Gelegenheit zur Pläneinsicht gegeben werden könne.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Neu fragt an, inwieweit auf dem Parkdeck des Kauflands Schwerbehindertenparkplätze vorgesehen und ob die für das Kino Bensberg vorgesehenen Parkflächen auch für Rollstuhlfahrer erreichbar seien.

Herr Sprenger schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:22 Uhr.

Bürgermeister

Schriftführung